

Reisener, Wolfgang

Article — Digitized Version

Cabora Bassa: Geschäft und Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Reisener, Wolfgang (1970) : Cabora Bassa: Geschäft und Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 8, pp. 456-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134151>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Cabora Bassa – Geschäft und Politik

Der Riese, der das Gesicht des südlichen Afrikas verändern wird, so hat man in Johannesburg das Cabora-Bassa-Stauwerk schwärmerisch genannt. Andere bezeichnen den geplanten Sambesi-Damm in Portugiesisch Mozambique schlicht als „Eckpfeiler des Kolonialismus“. Fünf deutsche Firmen – Siemens, AEG-Telefunken, BBC, Voith, Hochtief – sind im Rahmen eines internationalen Konsortiums an der Ausführung des Projekts beteiligt. Sie trifft heute, und mit ihnen die Bundesrepublik, der Zorn der Schwarzafrikaner und derer, die mit ihnen für ein unabhängiges Afrika streiten oder vielmehr reden. „Die Deutsche Mark ist (bereits) mit dem Blut und den Leiden der afrikanischen Menschen in Mozambique besudelt“, schrieb die „Befreiungsfront für Mozambique“ mit Anspielung auf eine angebliche deutsche Unterstützung militärischer Aktionen Portugals in Afrika an Bundeskanzler Brandt. Sambias Präsident Kaunda forderte von der Bundesrepublik, sie solle sich von dem Staudammprojekt zurückziehen, und sprach gar davon, das Vorhaben könne nur unter „Blutvergießen“ vollendet werden. Das „Neue Deutschland“ schließlich fand die Formel, die alle Argumente der Cabora-Bassa-Gegner decken soll, und nannte den Damm ein „berühmtes“ Projekt, „von dessen Realisierung sich die Imperialisten, besonders in Portugal, Westdeutschland und Südafrika, entscheidende Vorteile im Kampf gegen den schwarzen Kontinent versprechen“. Hinter soviel pathetischer Rhetorik muß das Bild des eigentlichen Streitobjektes verblassen.

Cabora Bassa ist kein Entwicklungshilfeprojekt der deutschen Bundesregierung. Das Zambeze Consorcio Hidro-Electrico (Zamco), in dem südafrikanische, portugiesische, französische, italienische und deutsche Interessen zusammengeschlossen sind, hatte im Sommer 1969 gegen starke Konkurrenz den endgültigen Zuschlag der portugiesischen Regierung für die Arbeiten an der ersten Stufe des gigantischen Damms und Kraftwerks erhalten.

Es sind vor allem die Exportkredite, genauer gesagt die staatlichen Hermes-Bürgschaften und ein mit öffentlichen Zuschüssen zinsverbilligtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die die Bundesrepublik mit in das Gewitter am Sambesi hineingezogen haben. Vor allem diese staatliche Zinssubvention – so wird behauptet – macht die Deutschen „mitschuldig“ an der Unterdrückung der schwarzen Afrikaner in Mozambique und im ganzen südlichen Afrika. Solche Argumente lassen sich nicht ohne weiteres als belanglos vom Tisch wischen. Cabora Bassa ent-

steht als Energielieferant des sogenannten australafrikanischen Landblocks – jenes Länderkollektivs, das so oft „weißes Südafrika“ genannt wird, obwohl ihm außer Südafrika, Rhodesien, Angola, Mozambique auch das schwarze Malawi sowie die Bantuststaaten Botswana, Lesotho und Swaziland angehören. Wie immer man die politische Zukunft der von Weißen geführten australafrikanischen Gemeinschaft beurteilen mag, heute ist sie eine Realität.

Sicherlich lassen sich kommerzielle Interessen nicht immer von ihren politischen Auswirkungen trennen, aber für ihre wohltdosierte Abstimmung gibt es weder Maßstab noch Rezept. Bei der Beratung der Hermes-Versicherungen ging es in erster Linie um wirtschaftliche Risiken, und eine Entscheidung über die politische Struktur Mozambiques oder gar ganz Australafrikas stand den mit der Finanzierung des Projektes befaßten Gremien nicht zu. Staatlich abgesicherte Geschäfte gibt es heute auch im Osthandel. Dienen sie nicht auch der Verfestigung der im Ostblock bestehenden Herrschaftsstruktur, obwohl viele Bürger der BRD das kommunistische System nicht für förderungswürdiger halten als die portugiesische Kolonialverwaltung? Befremdlich muß es auch erscheinen, daß Kreise, die das Postulat der Entwicklungshilfe sonst an vorderster Front verfechten, sich im Fall Cabora Bassa mit Eifer gegen ein Projekt einsetzen, das in einem Entwicklungsgebiet Arbeitsplätze schafft, die moderne Technik in zum Teil archaische Strukturen trägt und so möglicherweise doch geeignet ist, auch zur wirtschaftlichen Emanzipation der schwarzen Einwohner beizutragen.

Die Bundesregierung sieht bisher keine rechtliche und politische Notwendigkeit, die Bürgschaften für die deutschen Kredite zum Bau des Cabora-Bassa-Staudamms zurückzuziehen. Es wäre kaum wünschenswert, wenn der Eindruck entstünde, die Vertragstreue der deutschen Wirtschaft hinge in erster Linie von politischen Erwägungen der jeweiligen Regierung ab. Einmal – im Falle des Röhrenembargos – hat der Staat auch nach der Auftragsvergabe interveniert, und der Schaden für die deutsche Wirtschaft war dabei größer als der politische Nutzen. Man sollte derartige Aktionen nicht wiederholen. Verträge müssen gehalten werden; auch wenn Tansanias Botschafter Nyakya betont: „Wer der afrikanischen Sache dient, kann jederzeit mit uns rechnen.“ Wenn der Staat zur Wahrung seiner persönlichen Interessen eingreifen will, dann vor Vertragsabschluß. Nicht aber, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. *Wolfgang Reisener*